



## Massiver Polizeieinsatz bei Testcastor

**Bürgerinitiative fordert die sofortige Aufgabe des Standorts Gorleben**

**Ein Test-Castortransport eines neuen, leeren Behälters ist am 5. 9. 2007 unter massivem Polizeischutz in das Gorlebener Zwischenlager gebracht worden.**

Mehrere Gruppen von Atomkraftgegnern hatten es sich nicht nehmen lassen, auch diesen Transport mit Protestaktionen zu verzögern.

### Alle Räder stehen still

Leere Behälter sind zukünftige beladene Behälter. Egal voll oder leer Atomtransporte sind eine Schwachstelle der Atomlobby. Denn sie sind angreifbar. Durch phantasievolle Aktionen wird der Widerstand sichtbar.

Die Polizei war in Alarmbereitschaft. Personenzüge mussten auf Sicht fahren. Vielleicht auf Grund von nächtlichen Aktivitäten. Laut Polizei wurden „anticastortypische Holzkreuze“ im Gleisbett bei Rohstorf hinterlassen. Im Tiergarten blieb zunächst alles ruhig. Gegen 8 Uhr wurde Alarm durch das ungewöhnliche Hupsignal der Castor-Lok, begleitet vom Hubschrauber, ausgelöst. Kurz hinter Lüneburg kletterte eine Aktivistin in Seilen quer über die Strecke. Der Zug hätte unten durch fahren können, aber er kam genau unter ihr zum stehen! Sie seilte sich auf das Dach vom Behälter ab.

2 Polizisten kletterten zunächst darauf und drohten mit dem Messer. Sie wurden erfreulicherweise schnell von einer Sondereinheit abgelöst. Die Kletterer der Bundespolizei zeigten sich freundlich und kompetent, die Räumung verlief ohne Zwischenfälle. Der Zug fuhr gegen 10 Uhr weiter.

Die Gruppe ist zufrieden. Der Castor stand 2

Stunden und die Botschaft wurde nach außen getragen. Der Widerstand geht weiter. Atomtransporte stehen für die globalisierte Atompolitik. Weitere Menschen unterstützten diese Aktion mit einer Sitzblockade auf dem Gleis.

Auch kurz vor dem Castor-Verladekran kam es zu zwei kurzen Sitzblockaden, die allerdings von der Polizei sofort geräumt wurden. Mehr als 100 Demonstranten machten beim Einfahren des

### Spenden für die Rechtsvertretung der Aktivisten

**SOLIKONTO:**  
Elisabeth Winger,  
Kto: 753 09 51, BLZ: 206 905 00,  
Sparda-Bank Hamburg,  
Kennwort: "LlgA Probecastor"

Zuges in das Krangelände ihren Unmut lautstark deutlich.

Auf der Straßentransportstrecke bei Laase wurde später eine Gruppe von Demonstranten von der Polizei kurzerhand eingekesselt, massiv von der Straße entfernt und teils unflätig beschimpft. Gegen 13.15 Uhr hat der leere Castor-Behälter dann das Zwischenlager erreicht. Nach Angaben von Beobachtern wurde anschließend ein weiterer Spezialtransporter mit einer leeren Abdeckhaube, die gleichfalls per Zug nach Dannenberg gebracht wurde, zum Zwischenlager gebracht.

Der von der "Gesellschaft für Nuklearservice" (GNS) in Mülheim/Ruhr gefertigte 115 Tonnen schwere neue Behältertyp Castor HAW 28M soll in Gorleben zu Genehmigungszwecken getestet werden. Besonders brisant und gefährlich an dem neuen Behälter ist die Dimensionierung der Wärmeleistung von bisher 45 KW auf nun 56 Kilowatt. Durch Abbranderhöhung der Brennelemente in den AKW werden die zukünftigen Transporte nach Gorleben entsprechend heißer. Ein solcher Castor-Behälter enthält das radioak-



tive Potential von 20 % des Tschernobyl-Fallouts. Nach Auskunft des Pressesprechers der BLG (Brennelemente-Lager-Gesellschaft, Betreiber des Zwischenlagers Gorleben) sollen noch 33 Castor-Behälter mit jeweils 28 hochradioaktiven Glaskokillen aus Frankreich nach Gorleben transportiert werden. Vorgesehen sind dabei drei Transporte mit jeweils 11 Castoren. Der nächste Zug aus Frankreich wird voraussichtlich im nächsten Jahr auf die Reise geschickt.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg fordert, den Standort Gorleben sofort zu schließen. "Jede Vorbereitung erneuter Transporte nach Gorleben übt einen überflüssigen Sachzwang auf den untauglichen Gorlebener Salzstock als Endlager aus", erläutert deren Sprecher. "Es ist absurd und extrem gefährlich weitere Transporte nach Gorleben mit

Polizeigewalt durchzusetzen, denn gleichzeitig ist über das Endlager ein Baustopp verhängt (Moratorium) und seitens der Politik immer wieder eine angebliche alternative Endlagersuche im Gespräch. Dieser verantwortungslose Irrsinn darf nicht weiter auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden."

K.M. Krüger

### Inhalt

- S. 1 Massiver Polizeieinsatz bei Testcastor
- S. 2 Gorleben brennt...
- S. 4 Internationaler Uranhexafluorid-Tourismus durch Deutschland
- S. 6 Demonstration gegen den Bau des geplanten Endlagers Schacht KONRAD  
Aus Erfahrung klug
- S. 7 AKW Rheinsberg: Reaktortransport nach Lubmin im Oktober  
Sarkozy will Energiegroßmacht Frankreich
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service



## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlageregesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfteinhalf Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

# "Gorleben brennt... uns unter den Nägeln"

**Zum Start der Herbstkampagne mehrerer Bürgerinitiativen gegen Atommüll-Deponie-Standorte haben sich am Wochenende mehr als 1200 Menschen an der Kundgebung und Kulturveranstaltungen in Gorleben beteiligt. Der Protest stand unter dem Motto "Gorleben brennt... uns unter den Nägeln".**

Zentrale Forderung war die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Der bunte Demonstrationsumzug vom wendländischen Gedelitz zu den Gorlebener Atomanlagen war zugleich Startschuss für eine gemeinsame Endlagerkampagne, die auf die Entsorgungsmisere aufmerksam machen soll. Ein großes Transparent brachte die Aussage auf den Punkt: "Gorleben und Schacht Konrad - so sicher wie die absaufenden und einstürzenden Endlager Asse und Morsleben".

Zum Abschluss der Kundgebung gab die 83-jährige frühere Sprecherin der BI Lüchow Dannenberg und Anti-AKW-Aktivistin Marianne Fritzen symbolisch einen meterlangen Stab an ein 17-jähriges Mitglied weiter. Kaum sonstwo sei eine Bürgerinitiative zu finden, bei der drei Generationen zusammenwirken. Auffällig war zudem der große Anteil jugendlicher TeilnehmerInnen an der Kundgebung.

### Redeauszug Kerstin Rudek (BIU Lüchow Dannenberg)

Hallo, ich begrüße euch alle herzlich im Namen der Bürgerinitiative Umweltschutz an den Gorlebener Atomanlagen!

Wir freuen uns auch sehr über unsere internationalen Gäste aus Russland und Japan.

In Japan hat es vor kurzem einen Atomunfall gegeben, wir werden davon erfahren, wenn Masako Sawai von der CNIC gleich redet. Und fortlaufend wird Uran nach Russland transportiert, Vladimir Slyviak von Ecodefense wird davon berichten, aber auch von dem Anti Atom Widerstandscamp und der Besetzung eines Rohbaus neben dem Parlamentsgebäude in Irkutsk.

Vor zig Jahren gab es eine Symbiose von Menschen, die hierher gezogen waren, um das damals geplante Nukleare Entsorgungszentrum zu vereiteln und den Menschen, die hier beschaulich lebten und sich mit der Realität mehrerer Atomanlagen vor der Haustür konfrontiert sahen. Zur Zeit gibt es wieder eine Symbiose. Die zwischen den alten Hasen und den jungen Hüpfern. Mich macht das ganz froh zu sehen, wenn ich mich hier umschaue, dass uns das anscheinend wieder gelingt. Es braucht auch beides, Erfahrungen, Ausdauer, Weitsicht, genauso wie Spontanität, neue Ideen und die Power, die eben was neues hat. es kommt auf Jede und Jeden von uns an!

Lasst uns unser ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, wo immer wir nur können!

Lasst uns frei und wahrnehmbar unsere Meinung sagen. Lasst uns unser Recht einklagen auf Schutz vor radioaktiver Verseuchung. Und lasst uns heute feiern, z.B. die Etappen, die wir gemeistert haben. Widerstand kann auch Spaß machen!

Unsere Empfehlung an die Politik: Hört endlich auf, Atommüll zu produzieren, ihr könnt mit dem Vorhandenen schon nicht umgehen!

### Redeauszug Udo Dettmann (Asse II Koordinationskreis)

In der Asse haben wir seit 1988 einen Laugenlauf von ca. 12.000 Litern täglich. Der Betreiber forciert die Schließung mittels Flutung des Bergwerkes. Dieses geplante Konzept sieht eine Kontamination der Biosphäre vor, der Betreiber versichert für die nächsten 100.000 Jahre, dass sich diese innerhalb der heutigen Grenzwerte der

Strahlenschutzverordnung halten. Vor 30 Jahren versicherte der Betreiber auch, Asse II sein standsicher und trocken.

Das Flutungs-Konzept beruft sich auf eine Studie vom Leipziger Institut für Gebirgsmechanik, nach der die Standsicherheit von Asse II nur noch bis 2014 gewährleistet sei. Diese Studie wird aber unter Verschluss gehalten. Weder die genaue Fragestellung ist bekannt, noch deren exakte Aussagen.

In der fachlichen Auseinandersetzung um Asse II sollte selbstverständlich werden, dass Behauptungen kein Ersatz für Fakten und Wissen sind. Die Auseinandersetzung erfordert, dass alle Akteure den gleichen Zugang zu den grundlegenden Fakten und Unterlagen haben.

Auch auf Grund dieses hausgemachten Zeitdruckes – 1978 endete die Einlagerung von Atommüll – seit 1988 Laugenauflauf –, „nasses Schließungskonzept“ wird erst seit 2002 erarbeitet – soll die Schachanlage nach Bergrecht statt nach Atomrecht geschlossen werden.

Die Schachanlagen Asse II und Morsleben zeigen, dass das Konzept der wartungsfreien Endlagerung in tiefen Geologischen Schichten neu zu bewerten ist. In beiden Anlagen kann weder von einem trockenen, noch von einem standsicheren Grubengebäude mehr ausgegangen werden. Solange diese Probleme mit den havarierten Atommülllagern nicht gelöst sind, sollten wir es tunlichst unterlassen, die Planungen für Konrad und Gorleben weiter zu betreiben.

### Redeauszug Jan Becker (Bündnis Brunsbüttel Stilllegen – jetzt!)

Ich bringe erfreuliche Nachrichten mit: Hamburg steigt um!

Über 50.000 Stromkunden haben allein in den vergangenen Monaten nach den Störfällen in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel dem Betreiber Vattenfall die Rote Karte gezeigt und ihre Stromverträge gekündigt.

Seit dem 28.06. reißt die Störfall-Serie in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel nicht mehr ab: Um 13.00 Uhr wird der Schrottmeiler in Brunsbüttel durch eine Reaktor-Schnellabschaltung gestoppt. Keine zwei Stunden später brennt in Krümmel ein 500-Tonnen Trafo ab. Am gegenüberliegenden Elbufer, der Elbmarsch, wo die Menschen wegen der vielen immernoch ungeklärten Leukämiefälle sowieso in Angst vor der Strahlung leben, erleben die Menschen Stunden der grausamen Ungewissheit. Erst eine Explosion, die kilometerweit Fensterscheiben erzittern lässt, dann stundenlang, dichter Qualm aus dem Atomkraftwerk. Und keine Informationen - es beginnt ein Medienspektakel, in dem sich der Betreiber Vattenfall vor allem in einem hervortut: Verharmlosung, Lüge, Vertuschung.

Aus den dann folgenden Wochen ein kurzer Abriss: unplanmäßiges Öffnen von Ventilen im Sicherheitsbereich und Ausfall einer Reaktorspeisewasserpumpe im AKW Krümmel, Kommunikationsprobleme, Missverständnisse und menschliches Versagen im Leitstand, Datenverlust bei sicherheitsrelevanten Komponenten, Lecks an Ventilen im Turbinenbereich, fehlerhafte Dübelverbindungen, defekte Brennelemente. Erst vergangenen Montag erneut: Rissbefund an einer Steuerleitung eines Sicherheits- und Entlastungsventils, das für das Auslösen der Schnellabschaltung bei einem Störfall zuständig ist. Und auch im AKW Brunsbüttel: Schwelbrand, Steuerabprobleme, Fehlbedienungen des Personals, leckende Brennelemente, Ansammlung von Wasserstoff in Messleitungen, falsche Dübel, Bohrlöcher und Verankerungen im Sicherheitssystem und Risse in sicherheitsrelevanten Ventilen. Und

eine Liste, die über 600 Mängel aufdeckt. Zwei Tage nach der Schnellabschaltung wird Brunsbüttel wieder angefahren, seit dem 21.07. steht der Reaktor wegen erneuter Mängel wieder still. Auch das AKW Krümmel steht seit dem 28.06. still. Vattenfall hat Kommunikationsdefizite eingeräumt und hat Verbesserungen versprochen, einige Köpfe sind gerollt, nur am neuen „Bürgertelefon Kernkraftwerke“ wird weiter gelogen.

Und ausgerechnet Vattenfall will die Laufzeit seines Schrottmeyers in Brunsbüttel verlängern: Letzte Woche haben die Betreiber noch einmal unterstrichen, an ihren maroden Gelddruckmaschinen festhalten zu wollen. Wir fordern: Schluss mit der Debatte um Laufzeitverlängerung für Uralt-Meiler!

In diesem Sinne: Tschüss Vattenfall - Ciao E.on - Adeo EnBW - Good Bye RWE !

### Redeauszug Winfrid Eisenberg IPPNW

„Das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen“ (Albert Einstein)

Am 31. August 1939 wurde der Sender Gleiwitz an der deutsch-polnischen Grenze von, wie es hieß, polnischen Freischärlern überfallen und besetzt. Die Medien, damals Zeitungen und Rundfunk, produzierten eine ungeheure Empörung über polnische Grenzübergreifungen und verlangten „Gegengewalt“ - ab 1.9. wurde „zurückgeschossen“, der Beginn des 2. Weltkriegs hatte in den Augen der Deutschen seine Rechtfertigung.

Später kam heraus, dass die polnischen Freischärler verkleidete SS-Leute waren, der Gleiwitzer Überfall und ähnliche vorangegangene Aktionen nichts als Inszenierungen, um die Volksseele zum Kochen zu bringen und die Menschen kriegsbereit zu machen.

Das kommt uns Heutigen doch bekannt vor: Belgrad



musste bombardiert werden, weil die Serben mit einem angeblichen Hufeisenplan die Kosovo-Albaner vernichten wollten; den Irak musste man aus Kuwait vertreiben, weil Soldaten angeblich Frühgeborene aus den Brutkästen geworfen hatten, in Afghanistan galt es u.a., unterdrückte Frauen zu befreien; wieder im Irak: eindeutige Luft-Beweise für Atombombenfabriken wurden behauptet, die Herr Blix von der IAEA an Ort und Stelle allerdings nicht finden konnte. Medienwirksame Kriegsauslöser werden regelmäßig aufgebauscht, vorgetäuscht oder völlig frei erfunden; vorgeschobene humanitäre Begründungen für eine militärische Intervention - das klingt etwas besser als Angriffskrieg - machen sich immer gut.

Dem Iran, dessen Ölreichtum ebenso wie der des Irak jeden Einsatz lohnt, wird seit Jahren mit „harten Maßnahmen“ gedroht. Ich behaupte, dass dort längst Krieg wäre, wenn die militärischen Kräfte der USA nicht so dauerhaft im selbst verschuldeten irakischen Chaos gebunden würden.

Die Drohungen gegen den Iran sind ein Musterbeispiel

dafür, dass auch den Befürwortern der sogenannten „friedlichen“ Atomenergie der Zusammenhang von Atomenergie und Atomwaffen völlig klar ist; sie gehören wie die beiden Seiten einer Medaille zusammen. Die IAEA als die mächtige internationale Atomlobby, neuerdings mit dem Papst im Schlepptau, verrenkt sich unablässig bei dem versuchten Spagat, die „Atoms for Peace“ nach Kräften zu fördern und gleichzeitig die Atomwaffenproduktion durch Unbefugte zu verhindern.

### Redeauszug Samira (Autonome Antipatriarchalische Gruppen Berlin)

Die Zähigkeit mit der in Gorleben gekämpft wird hat unter anderem dazu beigetragen das Atomkraftwerke bis heute hierzulande politisch diskreditiert sind. Die Qualität in Gorleben liegt für mich darin das sich verschiedene Sichtweisen und Widerstandsformen ergänzt und aufeinander bezogen haben. Regionaler und Überregionaler Widerstand und militante und gewaltfreie Aktionen wirken zusammen. Ähnlich wie damals in Wackersdorf oder auf der Startbahn-West.

Deutschland will eine Zentrale Rolle in kriegerischen Verhältnissen spielen!

Ressourcensicherung nennt sich das.

Deutschland will seine Interessen in einer eigenständigen militärischen Formierung Europas dominant sichern!

Das heißt: Den Ausbau der Festung Europa gegen Flüchtlinge, die nicht nur wegen Krieg und Hunger fliehen - sondern auch wegen Umstände, die mit der Klimakatastrophe zusammen hängen. Nicht umsonst ist Klimawandel auf der sicherheitspolitischen Agenda gelandet.

Das heißt: Bundeswehr in den Arbeitsagenturen um arbeitslose Menschen abzuschöpfen. Erst verarmt man Teile der Gesellschaft um sie dann zu Soldaten zu machen.

Das heißt: Tornados und Spähpanzer gegen den emanzipativen Widerstand und Protest wie beim G8.

Und das heißt: den Ausbau eines Überwachungsstaates. Schäuble ein Sicherheitsrisiko, der nur die Spitze des Eisberges darstellt. Jede Person soll künftig unter Generalverdacht stehen können.

Militarisierung nach außen bedingt eine Militarisierung nach innen.

Der Krieg gegen den Terror ist längst ein permanenter Krieg. Und dieser Krieg frant immer mehr aus und zieht immer mehr Länder und Menschen in Mitleidenschaft. hinein - Nicht zuletzt dank eines grünen Außenministers. Deutschland ist längst Teil dieser Dynamik... Diese Dynamik ist kalkuliert und beabsichtigt!

Das Bombodrom - Europas größter

Bombenabwurfplatz - ist nur eines der Mosaiksteinchen dieser Militarisierung.

Für uns ist klar - wer das morden übt - der gehört mit den für uns zur Verfügung stehenden Mittel gestoppt, die wir moralisch vertretbar und richtig finden. Die Spannweite unserer Aktionspalette ist weit größer als auf Landesminister, Gerichte und Einsicht zu setzen. Denn juristisch alleine ist eine Inbetriebnahme des Bombodroms nicht zu stoppen.

Die Einpunktbewegungen -gegen Atom oder gegen Krieg - sind immer auch Verkürzungen die uns inhaltlich und praktisch trennen, dort wo es gar nicht stimmt. Das Loftverfahren, das heißt das Üben von Atombombenwürfen auf dem Bombodrom - so das Übungskonzept der Bundeswehr - zeigt die deutliche Kette zwischen Strommafia und Atompolitik, sowie militärischer Nutzung und Krieg

**Darum : Atomanlagen komplett dichtmachen - Gegen jeden Krieg!**

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. - Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

# Internationaler Uranhexafluorid-Tourismus durch Deutschland

## Teil 2

### Der Atommüllzug

Für jede Tonne angereichertes Uranhexafluorid fallen in einer UAA sieben Tonnen Atommüll aus abgereichertem Uranhexafluorid an. Ein Teil dieses Atommülls wird vor Ort in einem Freilager gestapelt. Im Rahmen der Erweiterung der UAA soll dieses Depot durch eine riesige Lagerhalle ergänzt werden. Ein weiterer Teil des abgereicherten Uranhexafluorids wird nach Pierrelatte auf dem gleichen Weg zurücktransportiert, auf dem das "natürliche" Uranhexafluorid zuvor gekommen war. Die größte Menge des Atommülls exportiert die Urenco (zur Endlagerung) nach Russland.

Seit dem Jahr 2002 fahren Züge drei- bis viermal im Jahr von Gronau nach Russland. Der letzte Transport fand am 9. Mai 2007 statt. Die Züge fahren über Burgsteinfurt, Münster, Emsdetten, Rheine und Bad Bentheim in die Niederlande. Dort geht es weiter über Hengelo, Almelo, Utrecht und Gouda nach Rotterdam. Diese Transporte erfolgten früher durch die private Eisenbahngesellschaft Ahaus-Alstätter-Eisenbahn (AAE), seit Jahresanfang 2007 führt die Bentheimer Eisenbahn AG (BE) mit Sitz in Nordhorn die Fahrten durch. Als Lokomotive kommt mal eine VI100, mal eine Ludmilla zum Einsatz. Die Züge sind unterschiedlich lang. Der letzte Transport bestand aus 19 Planenwagen plus einem Personenwaggon mit einem Begleitkommando der Bundespolizei. In Rotterdam werden die Behälter auf Transportschiffe umgeladen. Früher war dies der Frachter "Mont Louis", nachdem dieser 1984 vor der belgischen Küste sank, ist u. a. die niederländische "MV Doggersbank" (Reederei Wagenborg, Delfzijl) im Einsatz. Die Seereise nach Sankt Petersburg dauert ungefähr fünf Tage. In Russland werden die Behälter auf Eisenbahnzüge umgeladen. Zielorte sind die Urananreicherungsanlagen in Nowouralsk, Sewersk, Zelenogorsk und Angarsk in Sibirien.

In den russischen Anreicherungsanlagen wird das abgereicherte Uranhexafluorid mit den verbliebenen Restmengen von Uran235 soweit angereichert, dass wieder Uranhexafluorid mit einem Uran235-Anteil von 5 bis 6 Prozent gewonnen wird. Dieses wird dann zu Brennelementen etc. weiterverarbeitet oder durch das Moskauer Exportunternehmen Techsnabexport nach Gronau oder Lingen (bisher insgesamt 1.700 Tonnen) zurücktransportiert. Zumindest bis vor ein paar Jahren wurden diese Schiffspassagen über Bremerhaven abgewickelt. Der übrigbleibende Atommüll (19.300 Tonnen) wird in Russland in Freilagern dauerhaft deponiert und belastet die Gesundheit der ortsansässigen Bevölkerung.

Über die Zustände in den Freilagern bei Tomsch berichtete der frühere Arbeiter Alexander Boltatschow gegenüber dem ZDF-Magazin Frontal: Auf einem riesigen Platz stehen Tausende Behälter mit dem Uranhexafluorid. Die rosteten unter starkem Temperaturwechsel. Im Sommer ist es hier heiß. Im Winter friert alles unter 40 Grad. Regen, Schnee, das alles macht diese Container kaputt. Es bilden sich Risse. Und dann versucht man diese Risse zu zuschweißen. (...) Das

Uranhexafluorid stellt eine ernste Gefahr dar. Doch das Thema meidet man. In unserer geschlossenen Stadt wird alles totgeschwiegen und streng geheim gehalten.

Aber russische Bürgerinitiativen wollen nicht länger hinnehmen, dass die Deutschen im Zeitalter der Globalisierung ihren Atommüll einfach im Ausland verramschen. Daher hat die russische Umweltschutzorganisation Ecodefense im November 2006 bei der Staatsanwaltschaft in Münster Strafanzeige (Aktenzeichen 540 Js 1814/06) gegen die Urenco Deutschland GmbH bzw. die politisch verantwortliche Bundesregierung gestellt. Nachdem die Staatsanwälte keine Lust hatten, das Ermittlungsverfahren weiterzuführen, legte Ecodefense am 30. Juli 2007 Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Staatsanwaltschaft Münster ein, um doch noch ernsthafte Ermittlungen in Gang zu bringen.

### Sicherheitsvorsorge

Zur Absicherung solcher Gefahrguttransporte gibt es verschiedene Gesetze und Verordnungen. Zu nennen sind hier das Rahmengesetz über die Beförderung gefährlicher Güter (GGBefG), die Gefahrgutverordnung-Eisenbahn (GGVE), der Strahlenschutzverordnung (StrlSchVO), etc.. Die Transportzüge müssen 48 Stunden vor Fahrtantritt beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) in Bonn und den Innenministerien der betroffenen Bundesländer (Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen) angemeldet werden. Beim EBA ist das "Referat 33 Zulassung Kesselwagen, Überwachung Gefahrgut/Atomtransporte" unter Leitung von Stefan Dernbach in Bonn bzw. Minden für die Genehmigung der Transporte zuständig. Darüber hinaus führt das EBA eigene Kontrollen der Gefahrguttransporte durch. In einer Broschüre des Bundesverkehrsministeriums von 2004 heißt es:

Das EBA ist zuständige Behörde für die Überwachung von Gefahrgutbeförderungen mit der Eisenbahn im Bereich der Eisenbahnen des Bundes. Die Überwachung erfolgt derzeit durch rund 60 Kontrolleurinnen/Kontrolleure bei den Außenstellen des EBA. Zur flexiblen und mobilen Erledigung der Kontrollaufgaben werden moderne Bürofahrzeuge eingesetzt. Mit dem Eisenbahn-Bundesamt-Informationssystem Gefahrgutüberwachung (EBIS-GGÜ) gelangt eine auf Datenbankbasis anwenderspezifisch entwickelte Software und moderne Informationstechnik zum Einsatz, die von Notebooks, Scannern und Digitalkameras unterstützt wird. Die arbeitsschutzspezifische Ausstattung besteht aus einer Schutzausrüstung, Fluchttretern und Atemschutzmasken

Die politische Verantwortung liegt beim Bundesverkehrsministerium (Referat A33 B) Beförderung gefährlicher Güter, Gefahrgut-Verkehrsbeirat bzw. Referat E 15 (BN) Eisenbahntechnik, Betriebssicherheit, Umweltschutz), dem Bundesinnenministerium (Arbeitsgruppe P II 4 Schutz kerntechnischer Transporte etc. unter Leitung von Ministerialrat Hammerl), und dem Bundesumweltministerium (Abteilung RS Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen,

Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung unter Leitung von Ministerialdirigent Wolfgang Renneberg).

Für die Sicherheit im Bahnverkehr und grenzüberschreitende Kontrollen ist die Bundespolizei zuständig. Deren ABC-Kräfte sind aber nicht der Bahnpolizei, sondern der Bundespolizeiabteilungen zugeordnet. Auch die Polizeien der Länder beteiligen sich an einer Überwachung der Gefahrguttransporte. Im Visier der Polizei stehen dabei aber eher die Straßen- als die Schienentransporte. Im Saarland bilden 6 Beamte den Gefahrguttrupp bei der Verkehrspolizeiinspektion (VPI). In Rheinland-Pfalz sind 56 Beamte von der Zentralen Verkehrsüberwachung und dem Polizeiautobahndienst zuständig. Nordrhein-Westfalen setzt rund 300 speziell ausgebildete Polizisten bei den 50 Kreispolizeibehörden und den 5 Autobahnpolizeidienststellen ein. Für Kontrollen stehen ihnen die Informationssysteme "Transec-Check" und "Fire" sowie das "Informations- und Kommunikationssystem Gefährliche/umweltrelevante Stoffe" (IGS) zur Verfügung.

Sollte es zu einem Zugunglück kommen, würde die Betriebszentrale (BZ) des zuständigen Eisenbahn-Regionalbereiches, in diesem Fall RB Mitte in Frankfurt oder RBWest in Duisburg, alle rettungsrelevanten Institutionen (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, THW etc.) alarmieren. Außerdem würde das Sicherheitszentrum Bahn in der Konzernzentrale in Berlin alarmiert, das dann einen Zentralen Krisenstab zusammenschaltet.

Wie es in einer Erklärung der Bundesregierung vom 23. März 1999 heißt, werden Katastrophenschutzbehörden nicht vorab von den Transporten unterrichtet: Das zwischen dem Bund und den Ländern einvernehmlich verabredete Meldeverfahren sieht vor, dass die Lagezentren der Innenministerien der Länder, die von dem Transport berührt werden, die 48-Stunden-Meldung erhalten. Nach Auskunft der Innenministerien werden die 48-Stunden-Meldungen nur an die betroffenen Aufsichts- und Polizeibehörden – nicht an Städte und Gemeinden bzw. regionale Feuerwehren und Katastrophenschutzdienste – weitergeleitet, weil aus sicherheitstechnischer Sicht Vorsichtsmaßnahmen seitens der örtlichen Verwaltungsbehörden beim Transport radioaktiver Stoffe nicht erforderlich sind.

### Gefahren im Unglücksfall

Seit Beginn der Transporte ist es in Deutschland zu keinem größeren Unfall gekommen, über die Zahl kleinerer Zwischenfälle ist kaum etwas bekannt. Laut Eisenbahn-Bundesamt treten bei weniger als 1 Prozent aller Fahrten Mängel auf. Als ein Atomzug am 28. Juni 2006 auf dem Güterbahnhof in Trier hielt, schlug auf einem benachbarten Schrottplatz ein dort installiertes Strahlenmessgerät an. In den USA ist schon einmal ein Atomzug verunglückt: Am 2. Juni 1999 entgleisten zwei Waggons eines Uranhexafluorid-Zuges in der Nähe der Anreicherungsanlage Portsmouth Gaseous Diffusion Plant im US-

Bundesstaat Ohio; die Behälter blieben unbeschädigt. Allerdings hat es in Nuklearlaboren wiederholt Unfälle mit Uranhexafluorid gegeben, dabei waren auch Todesopfer zu beklagen.

Außerdem ist ein Terroranschlag nicht ausgeschlossen. Erinnert sei hier an die gescheiterten "Kofferbomben"-Anschläge auf die Regionalzüge Köln-Koblenz und Köln-Hamm am 31. Juli 2006. Wären die Propangas-Bomben explodiert, hätten sie nicht nur die betroffenen Personenzüge zerstört, sondern möglicherweise auch benachbarte Güter- oder gar Gefahrguttransporte in Mitleidenschaft ziehen können. Verschiedene Szenarien für einen direkten Anschlag auf einen Uranhexafluorid-Zug sind denkbar. Was die Brandgefahr anbelangt, sind die Atomzüge zwar relativ sicher, weil nur die Diesellok, die Wagenplanen und ein bisschen Schmieröl brennen können, aber Attentäter könnten an einem unbeschränkten Bahnübergang ein oder zwei Tanklastzug auf dem Gleisbett abstellen, um so eine Katastrophe zu provozieren.

Schon das Fassungsvermögen der Transportbehälter stellt ein Gefahrenpotential dar. Sollte ein einzelner Zylinder durch einen Wandriss oder eine Beschädigung am Einfüllventil undicht werden, könnten bis zu 12,5 Tonnen Uranhexafluorid freigesetzt werden, das dann mit der Luftfeuchtigkeit chemisch reagiert. Dabei entsteht festes Uranylfluorid (UO<sub>2</sub>F<sub>2</sub>), das sich an der Unfallstelle am Boden ansammelt, und Flusssäure. Diese ätzende und giftige Säure würde oral (über die Atemwege) oder perkutan (über die Haut) aufgenommen. Außerdem würde in geringem Umfang Radioaktivität freigesetzt werden. Über das exakte Ausmaß der Gefahr, gibt es unterschiedliche Einschätzungen:

Nach Darstellung der Urenco wäre ein solcher Gefahrgutunfall leicht zu beherrschen: Bei einem Behälterleck würde daher zuerst Luft in den Behälter strömen. Die chemische Reaktion des Uranhexafluorids mit der Luftfeuchtigkeit würde beginnen. Diese Reaktion ist nicht heftig, im Behälter wird sich also kein Überdruck aufbauen. Um die chemische Reaktion und die Freisetzung von Flusssäure zu stoppen, genügt es, den weiteren Luftzutritt in den Behälter zu verhindern. Dazu ist eine Abdichtung mit entsprechenden Bandagen aus PVC-Folie, die mit Kunststoffklebern aufgetragen werden, ausreichend. Eine erste Leckabdichtung würde bereits durch die Einsatzkräfte der Feuerwehr direkt am Unfallort erfolgen. Maßnahmen bei Unfällen mit UF<sub>6</sub>-Transporten können die Einsatzkräfte den sogenannten "ERI-Cards" (Emergency Response Intervention-Cards), einem einheitlichen europäischen Gefahrguttransport-Unfallssystem der Chemischen Industrie, entnehmen. Weitere sicherheitstechnische Anweisungen für die Leckabdichtung der Behälter bekommen die Einsatzkräfte telefonisch durch einen Gefahrgutexperten der Urenco.

Allerdings muss auch die Urenco einräumen, dass bei einem bodennahen Brand erhebliche Umweltgefahren bestehen: In diesem Fall könnte sich der Behälter langsam aufheizen, der Druck im Behälter ansteigen und das Uranhexafluorid sogar flüssig werden. Nur dann könnte es zum Aufreißen des Behälters und zu einer größeren Freisetzung von Uranhexafluorid kommen. Auch der Strahlenschutztechniker Helmut Hirsch warnte in einer vom österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Wien 2007 herausgegebenen

Broschüre vor den Gefahren der Uranhexafluorid-Transporte:

Bei einem Behälter vom Typ 48'Y kommt es bereits nach ca. 50 Minuten in einem Feuer mit Flammentemperatur 800° C zum Versagen. Bei höheren Flammentemperaturen (1000° C und mehr können durchaus erreicht werden) tritt das Versagen früher ein. Der Stahlzylinder birst, ein Teil des UF<sub>6</sub> wird hoch in die Luft geschleudert, der Rest brockenweise in die nähere Umgebung geworfen. Durch Reaktion mit dem Wassergehalt der Luft entsteht u.a. HF (Flusssäure). Flusssäure ist sowohl ein schweres Atem-, als auch Kontaktgift. In unmittelbarer Umgebung des Unfallortes (bis zu ca. 100 m Entfernung) besteht akute Lebensgefahr. In bis zu 500 m Entfernung werden Menschen schweren Vergiftungen und Verätzungen durch HF ausgesetzt sein. Bei längerem Aufenthalt besteht auch in diesem Bereich noch Lebensgefahr. Noch in Entfernungen von über 1 km besteht für empfindliche Menschen das Risiko gesundheitlicher Schädigung. Die kurzfristigen gesundheitlichen und teilweise tödlichen Folgen eines Anschlages auf einen derartigen Transport, besonders während dieser durch einen Ballungsraum fährt, können also allein durch die Freisetzung von Flusssäure drastisch sein. Tausende Tote und Verletzte sind möglich. Dazu kommt die Kontamination der Unfallumgebung durch Uran, einem relativ schwach radioaktiven, aber chemisch toxischem Schwermetall. Bei einem Anschlag in einer ländlichen Gegend ist im Übrigen mit schweren Schäden bei der betroffenen Tier- und Pflanzenwelt zu rechnen.

In einer Parlamentsanfrage der Fraktion Die Linke an die Bundesregierung vom 27. April 2007 heißt es: Bei einem Unfall eines UF<sub>6</sub>-Transports, in dem UF<sub>6</sub> freigesetzt wird, wird das Auftreten lebensgefährlicher Konzentrationen bis zu mindestens zwei Kilometer Entfernung von der Unfallstelle befürchte.

Nach Computersimulationen kommen Wenzel Brücher und Martin Sogalla von der atomfreundlichen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in einer "radiologischen Konsequenzenanalyse" zu dem Ergebnis, dass mit "lebensbedrohliche(n) Gesundheitsschäden durch die chemotoxische Wirkung von UF<sub>6</sub> und seinen Folgeprodukten je nach Ausbreitungsbedingungen auch in einigen Kilometern Entfernung vom Freisetzungsort" gerechnet werden muss. Und aus Russland berichtete die Umweltschutzorganisation Ecodefense: Die offiziellen Dokumente verraten auch, dass alle Menschen im Umkreis von 1 km sterben würden, falls ein Behälter mit Urenco-Atom Müll undicht würde. Im Umkreis von 30 km stiege die Wahrscheinlichkeit, entweder zu sterben oder an Krebs zu erkranken.

In jedem Fall bleibt für Notfallmaßnahmen nur wenig Zeit, schließlich muss ein Entstehungsbrand in einem Waggon erst von jemandem beobachtet und an die Feuerwehr weitergemeldet werden. Weitere Minuten verstreichen bis die Feuerwehr am Unfallort eintrifft, wo sich der Einheitsführer erst einmal einen Überblick über das Unfallgeschehen und die Gefahrenlage machen muss. Bei einem Zugangsglück muss man davon ausgehen, dass gleich mehrere, verstreute Behälter zerstört wurden. Sobald er erkannt hat, dass es sich um eine ABC-Lage handelt, alarmiert er den nächsten ABC-Zug. Der besteht meist aus Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr, die erst mobilisiert werden müssen. In der Zwischenzeit

geht der Einsatzführer im Rahmen seiner technischen Möglichkeiten nach den recht allgemein gehaltenen Anweisungen der Feuerwehrdienstvorschrift FwDv 500 ABC-Dienst vor. Bei einem Brand beginnt die Feuerbekämpfung mit Schaumlöschmitteln.

Da die Katastrophenschutzdienste nicht über die Gefahrguttransporte vorab informiert werden, können sie sich nicht gezielt auf einen Zwischenfall vorbereiten. Jeder Störfall trifft die Einsatzkräfte ohne jede Vorwarnung. Wenn der Zug nachts auf einem menschenleeren Rangierbahnhof abgestellt wurde, wird die Feuerwehr womöglich erst alarmiert, nachdem sich eine ätzende, radioaktive Giftwolke bereits über der benachbarten Wohngegend ausgebreitet hat. Außerdem fehlt es oft an qualifiziertem Personal, moderner Technikausstattung, (realistischen) Einsatzplänen und entsprechendem Training. In einzelnen Städten wurden die Kommunalbehörden erst durch eine Anfrage der Atomgegner gewahrt, dass durch ihre Gemeinde überhaupt Atomtransporte erfolgten. In anderen Fällen erklärten sich die überforderten Stadtverwaltungen einfach für "nicht zuständig" und verwiesen an den Bund. Diese formaljuristische Argumentation ist aber höchst unzureichend, da gerade die lokalen Behörden im Katastrophenfall die Hauptverantwortlichen vor Ort wären.

Im westfälischen Hamm stellt sich noch ein besonderes Problem: Der ABC-Zug der Freiwilligen Feuerwehr hat seinen technischen Stützpunkt direkt neben dem Rangierbahnhof in der Rathenaustraße Nr. 16. Bei einem Brand auf dem Bahngelände ist dieser kurze Anfahrtsweg zweifelsohne sehr günstig, aber bei einem Unfall eines Atomzuges könnte sich diese räumliche Nähe verheerend auswirken. Möglicherweise kämen die herbeieilenden Feuerwehrmänner gar nicht an ihre ABC-Schutzausrüstung (ein alter Erkunder VWT3, ein moderner Dekon-P, ein uraltes Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug und ein neuer Abrollbehälter Dekon) heran, weil der eigene Stützpunkt selbst schon kontaminiert wäre. Verfügbar blieben nur zwei Abrollbehälter Strahlenschutz und Chemieschutz auf der Hauptwache der Hammer Berufsfeuerwehr. Mit diesen begrenzten ABC-Einsatzmitteln wären die Feuerwehrmänner weitgehend zur Untätigkeit verdammt und müssten auf Verstärkung aus den Nachbarkreisen Ahlen, Soest und Unna warten. Damit bliebe die betroffene Bevölkerung zunächst einmal sich selbst überlassen.

In einer Stellungnahme der Hammer Stadtverwaltung vom 11. Juni 2007 wird amtlich festgestellt: Das "richtige" Verhalten der Bevölkerung kann bei einer Vielzahl von möglichen Transporten und damit verbundener Szenarien auch mit einer begleitenden Informationspolitik nicht abschließend geregelt werden. (...) Die Katastrophe ist nicht planbar und entwickelt ihre eigenen Abläufe, auf die dann durch die Einsatzkräfte individuell und gezielt reagiert werden muss.

Gerhard Piper

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (Telepolis, 30. Juni 2007)  
Der erste Teil ist nachzulesen in der Gorleben Rundschau August 2007

# Demonstration gegen den Bau des geplanten Endlagers Schacht KONRAD

Samstag, 13. Oktober 2007, 5 vor 12 in Salzgitter

Bei Schacht KONRAD gibt es jetzt etwas zu verhindern. Darum wird die Demonstration am Samstag, dem 13. Oktober in Salzgitter auch keine ganz gewöhnliche Demonstration sein.

Los geht sie um 5 vor 12 auf dem Festplatz Neissestraße, die Demonstration führt vorbei am Bundesamt für Strahlenschutz zum Rathaus, wo es in den nachfolgenden Stunden neben den üblichen Kundgebungsbeiträgen auch zahlreiche Beiträge aus dem Widerstand geben wird. Unter anderem unterstützen mehrere Musikgruppen aus der Region den Widerstand.

30 Jahre wurde über KONRAD hauptsächlich geredet, verhandelt, spekuliert. Jetzt soll das Endlager gebaut werden. Für den Bundeshaushalt 2008 sind 580 Mill € eingeplant. Das schafft Fakten. Nichts ist zwingender, als verbautes Geld. Wir haben in Deutschland viele geplante Atomanlagen verhindert, aber keine, die in Bau oder Betrieb war. Darum ist jetzt der Zeitpunkt Flagge zu zeigen, die Reißleine zu ziehen, der

Politik den Notausstieg zu weisen. Beginnen erst die Transporte (geplant ab 2013), dürfte es zu spät sein, zumal es bei KONRAD nicht einen jährlichen Showdown geben wird wie in Gorleben, sondern tägliche Transporte aus allen Himmelsrichtungen.

Nachdem im 20jährigen Planfeststellungsverfahren und 5jährigen Verwaltungsverfahren so ziemlich alle Kritikpunkte und Betroffenenrechte „wegdefiniert“ wurden, sehen viele Salzgitteraner beklommen zur 20km entfernten ASSE II, in der seit 40 Jahren Atom- müll liegt. Auch dort hieß es einst, alles sei auf alle Ewigkeit sicher. Die Ewigkeit währte bekanntlich nur kurz; der Atommüll droht abzusaufen.

Darum wendet sich diese Demonstration zugleich als Kampfansage gegen die gescheiterte Atommüll-Politik und ist Teil der Herbstkampagne der 4 Endlager-Standorte.

Angesichts der katastrophalen Vorfälle in bundesdeutschen Atomkraftwerken, angesichts der katastrophalen Entwicklungen in Morsleben und ASSE II, angesichts des mittlerweile offengelegten Zusammenhanges zwischen Atomenergie und Atomwaffen, reicht es nicht aus, es schon immer gesagt zu haben und den Rest den



Herrn Gabriel und Glos zu überlassen. **Wir müssen jetzt Konsequenzen einfordern und dazu laden wir Euch für den 13. Oktober nach Salzgitter ein. Wir wollen sehr, sehr viele sein. Und erfolgreich!**

Auf der Kundgebung reden: Wolfgang Räsche, 1. Bev. der IGM-Salzgitter für das Bündnis Salzgitter gegen KONRAD  
Andreas Blechner, Betriebsratsvorsitzender VW-Salzgitter  
Prof. Dr. Rudolf Hickel (Uni remen)  
Prof. Dr. Rolf Bertram (angefragt)

Mit freundlichen Grüßen  
pressediens@ag-schacht-konrad.de



## Aus Erfahrung klug

Seminar über internationalen Erfahrungen mit Atommüll am 3./4. 11. in Braunschweig

Wenn das Bundesamt für Strahlenschutz und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit für den 6. - 9. November zu einer internationalen Tagung „RepoSafe“ einladen, dann fordert das den Widerspruch geradezu heraus.

Das Kunstwort „RepoSafe“ steht nämlich einmal mehr für die Behauptung, das Endlagerung (von Atommüll) sicher möglich ist. Wie so oft, es geht nicht um die Frage des „ob“, sondern nur um die Frage des „wie“.

Braunschweig ist allemal ein geeignetes Plätzchen: 2007 Stadt der Wissenschaft, idyllisch gelegen zwischen Schacht KONRAD (per Gerichtsbeschluss sicher) und dem Auslaufmodell ASSE II. KONRAD steht dabei für die ewig behauptete Sicherheit, ASSE II für die Erfahrung, dass die Ewigkeit mitunter nicht mal 40 Jahre währt.

So entstand bei einem Treffen der Endlagerstandorte im Juli die Idee, der RepoSafe eine eigene Veranstaltung entgegenzustellen, bei der wir uns mit den Erfahrungen auseinandersetzen wollen, die in den letzten Jahrzehnten weltweit im Umgang mit Atommüll gemacht

wurden. Wir wenden uns damit an eine breite Öffentlich, fachlich und sachlich Interessierter; Kontroversen sind ausdrücklich erwünscht.

Da bei uns alles von Hand gemacht wird, Zeit und Geld knapp sind und die Entscheidung zugegebenermaßen sehr spät fiel, werden viele Details wohl erst relativ kurz vor der Veranstaltung klar sein. Allerdings hat das auch einen Vorteil: Vorschläge und Anregungen sind noch möglich sind.

Ein erster Programmentwurf soll Anfang Oktober vorliegen und wird auf Wunsch per Mail zugeschickt. Soviel steht fest:

- plenarer Auftakt mit wenigen Übersichtsbeiträgen
- Arbeitsgruppen zu Details, z.B. „Die Müllspur des Uran“, „Erfahrungen mit oberflächennaher Lagerung“, „Konzepte+Erfahrungen unterschiedlicher Länder“, „Rückholbarkeit“, usw.
- Kontroverse Diskussion: Für den Samstag Abend suchen wir nach geeigneten Gesprächspartnern für eine Kontroverse mit Betreibern / Verantwortlichen
- Sonntag: Soweit bedarf besteht für Arbeitsgruppen die Möglichkeit, ihre Arbeit fortzusetzen;

hauptsächlich möchten wir aber eine ehrenplenary Diskussion über Konsequenzen und Forderungen führen.

Anregungen erwünscht, wir suchen aber auch KooperationspartnerInnen und brauchen Geld für die Realisierung (insbesondere internationale Beteiligung). Wer Themen vorschlägt, sollte hierfür möglichst auch gleich geeignete ReferentInnen oder Arbeitsprozesse vorschlagen. Wir wollen allerdings keine „Lehrveranstaltung“, sondern eine möglichst breite und gerne auch kontroverse Diskussion lebendiger Erfahrungen.

Vorschläge, Anregungen, Kooperationsangebote und Wunsch nach weiteren Infos über die Veranstaltung bitte an [dickel@ag-schacht-konrad.de](mailto:dickel@ag-schacht-konrad.de). P.Dickel

**„Gorleben und Schacht Konrad – so sicher wie die absaufenden und einstürzenden Endlager Asse und Morsleben“**

Unterschriften für die Gemeinsame Erklärung der Endlagerstandorte können noch bis 5. Oktober gesammelt werden. Download unter: [www.castor.de/aktionen/2007/1sept/flugblatt.html](http://www.castor.de/aktionen/2007/1sept/flugblatt.html)

# AKW Rheinsberg: Reaktortransport nach Lubmin im Oktober?

**Der Reaktordruckbehälter des stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg nördlich von Berlin soll noch im Oktober in das Zwischenlager Nord bei Greifswald transportiert werden. Das berichtete die Presse Anfang August.**

Der etwa 120 Tonnen schwere Reaktordruckbehälter, durch den Betrieb bis 1990 zum Teil hoch verstrahlt, ist bereits ausgebaut worden und wird mit einer speziellen, 15cm dicken Stahlummantelung für die Strahlungsabschirmung versehen. Auf einem Spezialwaggon soll der Behälter, 12m lang und mehr als drei Meter im Durchmesser, seine Reise in das etwa 200km entfernte Zwischenlager Nord bei Greifswald antreten.

In Greifswald soll der Strahlenschrott etwa 50 Jahre lagern - dann soll die Radioaktivität abgeklungen sein, und der Stahl kann laut der Eigentümer und mit dem Abbau beschäftigten

Energiewerke Nord (EWN) wiederverwertet werden. Reaktordruckbehälter zu Stahlträgern für zukünftige Häuser?

Als Hemmnissen für den Abtransport werden von der Presse einige marode Brücken in Lindow, wenige Kilometer südlich von Rheinsberg, auf der Bahnstrecke nach Herzberg, genannt, die von der Bahn „im Herbst“ saniert werden sollen. Laut Bahn sind diese Arbeiten noch nicht begonnen worden.

Laut Presse würde dann die Bahnverbindung Rheinsberg - Lindow - Herzberg mehrwöchig gesperrt und durch Schienenersatzverkehr ersetzt. Somit erscheint es als eher unwahrscheinlich, dass der Reaktortransport bereits im Oktober stattfinden kann.

Der letzte Transport aus dem AKW Rheinsberg in das Zwischenlager Nord, der für öffentliches Aufsehen gesorgt hatte, wurde im Mai 2001 durchgeführt, als die hochaktiven Brenn-

stäbe in drei Castorbehältern dorthin gebracht wurden. Damals protestierten etwa 400 Menschen gegen die atomare Fracht, die von einem riesigen Aufgebot der Polizei, 6.500 Beamte und 35 Hubschrauber, begleitet wurde.

Nach Greifswald stehen zwei unterschiedliche Transport-Routen zur Verfügung: die bereits 2001 genutzte Variante führt über Neustrelitz-Neubrandenburg, die zweite Variante über Templin-Prenzlau nach Pasewalk. Von dort gibt es nur noch eine Schiene über Anklam und Greifswald nach Lubmin.

**Die BI Lüchow-Dannenberg, BI Uelzen und contrAtom rufen zu Protesten gegen diesen Atommüllzug auf!**

Weitere Informationen:  
[www.contrAtom.de/rheinsberg](http://www.contrAtom.de/rheinsberg)

K. Rudek

## Sarkozy will Energiegroßmacht Frankreich

**Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy will einen weiteren Riesen im Energiesektor schmieden. Die "Wirtschaftswoche" berichtete, dass dazu der Atomkonzern Areva NP mit dem Energiekonzern Alstom fusionieren soll. Zu dem Gespann, dass in der Lage wäre, alle Kraftwerksarten zu bauen, soll der Bau- und Infrastrukturkonzern Bouygues und ein Bergbauunternehmen kommen.**

Statt einer europäischen Energiepolitik steht Nationalismus auf der Tagesordnung, wonach die französischen Konzerne gebündelt werden sollen. Die beschlossene Fusion der Energiefirmen Suez und Gaz de France (GDF) ist das Vorbild. Frankreich soll eine "zentrale Rolle auf dem europäischen Markt spielen" sagte Sarkozy. Doch es darum, weltweit zur Energiegroßmacht zu werden. Mit dem Ex-Staatsmonopolisten EDF besteht schon einer der größten Stromerzeuger der EU und mit Suez und GDF entsteht der größte Erdgasanbieter und Gasnetzbetreiber.

Ähnlich soll es im Kraftwerksbau aussehen, in dem die Atomkraft eine zentrale Rolle spielen soll. Die neue Fusion soll schlüsselfertige Atomkraftwerke liefern und einen kompletten Brennstoffkreislauf anbieten. Zwar spricht noch niemand von der Endlagerung des Atommülls, doch auch hier werden in Lothringen Fakten geschaffen, um eine Scheinlösung für zehntausende Tonnen Atommüll zu bieten, die bisher angehäuft wurden. Mit aller Eile wurde eine Tonschicht unter dem Dorf Bure schon 2005 von der staatlichen Nationalen Agentur für Radioaktive Abfälle als Endlager empfohlen, bevor Forschungen auch nur beginnen konnten.

Bei diesen Plänen stört man sich in Paris aber daran, dass Siemens an Areva NP beteiligt ist. Deshalb wolle Frankreich deren Minderheitsanteil von 34 % bis 2011 übernehmen. 2001 hat-

te Siemens seine Atomsparte in Areva NP untergebracht und zuvor mit der Framatome, die in Areva NP aufgegangen ist, den "European Pressurized Water Reactor" (EPR) entwickelt. Der soll nun weltweit zum Exportschlager werden. Der EPR soll sicherer sein, als alle bisherigen AKW's und damit das Pannenimage aufbessern. Er soll auch 15 Prozent weniger Urans verbrauchen, das immer knapper wird und relativ geringe Baukosten haben. Die Umwidmung der Atomkraft durch Frankreich in eine "erneuerbare Energie", soll den EPR als klimafreundlich darstellen, und eine Alternative herbeidefinieren, um die Klimaschutzziele von Kyoto zu erfüllen.

Doch beim EPR-Neubau in Finnland verzögern sich wegen Sicherheitsproblemen die Arbeiten ständig. Statt 2009 soll er frühestens 2011 ans Netz gehen. Auch die Kosten explodieren, obwohl sogar an der Sicherheit gespart wird. Der Österreicher Helmut Hirsch, OECD-Atomkraftexperte, schreibt in einem Gutachten, sogar Rohre des sensiblen primären Kühlsystems wiesen Qualitätsmängel auf. Es sei minderwertiger Beton für das Fundament eingesetzt worden, was eine Gefahr für die gesamte Konstruktion sei. Zudem gäbe es ungelöste technische Probleme am Reaktormodell. Befürchtet werden müsse, ob am Olkiluoto 3 schon "bestehende Sicherheitsstandards eingehalten werden".

Auch mit der Uranversorgung hat Areva immer größere Probleme, die heimischen Lager sind längst erschöpft. Das Monopol im Niger hat die Firma verloren und die Preise steigen stark, weil das Uran immer knapper wird. Spätestens 2040 komme es zu ernststen Versorgungsproblemen, schätzen auch optimistische Experten. Doch der Zeitpunkt rückte deutlich nach vorne, wenn mehr Atomstrom produziert wird, wie es Areva will. Die will ihre Uranproduktion von 5.000 Tonnen bis 2012 auf 12.000 Tonnen jähr-

lich steigern. Als Lieferanten hat man hier auch Libyen im Blick. Auch deshalb soll der einstige "Schurkenstaat" alsbald ebenfalls mit dem EPR geliefert werden.

Auch weil man in Deutschland an einer derartigen Politik starke bedenken hat, und das Land wegen des geplanten Ausstiegs kein potentieller EPR-Abnehmer ist, soll Siemens aus Areva gedrängt werden. Geplant wird ein Joint-Venture mit Mitsubishi, für die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung von Atomreaktoren. Das zielt auf den Energiehunger der asiatischen Märkte. China plant Dutzende neue Reaktoren und auch Japan will fünf neue Meiler bauen. Da das Gemeinschaftsunternehmen ATMEA seinen Sitz in Paris haben soll, bliebe die Kontrolle in Frankreich, weshalb sich dadurch an der nationalistischen Ausrichtung der Strategie nichts ändern würde.

Ralf Streck



**Oktober und später ...**

- 22.9., 10 bis 19 Uhr, Internationale Urankonferenz in Dortmund, [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- 23.9., 18 Uhr, Offener Vorstand und AG Endlager im „Wendel“ in Lüchow
- 24.-29.9., IBBK International Biogas Study Tour 2007, [www.biogas-zentrum.de](http://www.biogas-zentrum.de)
- 27.-29.9., Internationales Treffen anti-nuclear Network, Rhodes, Griechenland
- 29.9., 20 Uhr, Konzert Embryo Freeflow-World-Music Live in Mützingen
- 4./5.10., Konferenz: Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz in Berlin, [www.rav.de](http://www.rav.de)
- 5.u.6.10., Umweltmedizinische Tagung in Berlin, [www.umweltforum-berlin.de](http://www.umweltforum-berlin.de)
- 6.10., 13 Uhr, Demo AKW Krümmel ab Geesthacht, vom Platz vor der Post zum AKW-Tor
- 13.10., 5 vor 12 Uhr, Groß-Demo gegen Schacht Konrad, [www.ag-schacht-konrad.de](http://www.ag-schacht-konrad.de)
- 13./14.10., Seminar des Solarenergie-Fördervereins, [www.sfv.de](http://www.sfv.de)
- 27.10., 10 bis 18.30 Uhr, BUND-Kongress „Biblis jetzt abschalten“, [www.bund-hessen.de/aktuell/biblis\\_kongress.html](http://www.bund-hessen.de/aktuell/biblis_kongress.html)
- 6.-9.11., Internationale Konferenz Reposafe zur Endlagerung Stadthalle Braunschweig, [www.bfs.de](http://www.bfs.de)

**Wiederkehrende monatliche Termine**

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



Soli-Konzert für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Dannenberg e.V. und den Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben



**BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg lädt ein:**

**Embryo**

**Freeflow-World-Music Live**  
29. September, 20 Uhr,



**Alte Ziegelei, Mützingen/Wendland**

Eintritt 7,- (SchülerInnen ermäßigt)  
Soli-CD für den Gorleben-Widerstand  
„Embryo - Live im Wendland“  
jetzt erhältlich für 10 Euro im BI-Büro,  
Drawehnerstr. 3, 29439 Lüchow

**Ich abonniere die Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,  
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

**Impressum**

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff  
**Bildmaterial:** Umbruch Bildarchiv, D. Metk, I+W Lowin, subkontur

**Mitarbeit:** Francis Althoff, Gerhard Piper, R. Streck, K. Rudek, ag Schacht Konrad, K. M. Krüger

**Auflage:** 1500

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buer@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buer@bi-luechow-dannenberg.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr